

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

erschienen wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Hägerm
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 8808.

Anzeigengebühren für die sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Vorkalkulation in Maschinenfabriken

Von Ing. Rudolf Weber.

Mit der Aufnahme dieser Arbeit entledigen wir uns eines Auftrags, den wir vom letzten Verbandstage erhielten. Die lange Verzögerung rührt daher, daß es uns trotz unserer Bemühungen erst spät gelang, einen geeigneten Mitarbeiter für diesen Beitrag zu gewinnen. Außerdem verzögerten noch andere Hindernisse den Abdruck. Die Schriftleitung.

I.

Will man den Verkaufspreis eines Fabrikates im voraus bestimmen, so muß man vier Werte kalkulieren. Erstens das Material, zweitens den Lohn, drittens die Unkosten und viertens den Verdienst. Um den ersten Wert festzustellen, muß man zunächst an Hand der Zeichnung oder des Musterstückes die Menge des benötigten Materials ausrechnen. Dann muß man den Tagespreis der Materialart mit der Menge multiplizieren. Das Ergebnis dieser Rechnung ist jedoch noch nicht unser erster fertiger Kalkulationswert, sondern hierin fehlen noch die Unkosten, die uns das Material verursacht. Als solche gelten die Frachten, Abfälle, Verderbnis, Zinsen des Anlagekapitals und dergleichen. Hat man nun dies alles festgesetzt, so erhält man also den ersten Rechnungswert. Sehen wir uns diesen genau an, so werden wir finden, daß er aus drei Faktoren besteht, von denen jedoch nur zwei durch reale Unterlagen genau bestimmbar sind. Der dritte aber muß notgedrungen geschätzt werden. Der Vorkalkulator von ebendiesem Wert nach bestem Wissen und Gewissen schätzungsweise ein. Da aber in jeder Schätzung die Gefahr der Ungenauigkeit liegt, so ging man in modernen gelebten Fabriken dazu über, für diese Unkosten Unterlagen zu beschaffen. Man richtete ein Konto für Materialunkosten und ein solches für Material ein. Nachdem man nun eine Zeitlang diese Ausgaben gewissenhaft auf die erwähnten Konten geschrieben hatte, schloß man sie ab und errechnete nun das Verhältnis der beiden Summen. Den dadurch gefundenen Prozentsatz setzte man dann regelmäßig bei allen Vorkalkulationen als dritten Faktor des ersten Wertes ein. Nach einer gewissen Zeit wurden dann die inwischen sorgfältig weitergeführten Konten abermals abgeschlossen und der Prozentsatz errechnet. Der nun gefundene Satz wird von dem Zeitpunkt an eingesetzt und so wechselt also der dritte Faktor des Zeit zu Zeit. Durch diese Maßnahme wird erstens jeder Zeitraum in der Eintragung der Materialunkosten verbunden und zweitens ist es der Fabrik auf Grund des Kontos möglich, nachzuforschen, woher die hohen Unkosten stammen. Sie kann dann schließlich Maßnahmen ergreifen, die deren Höhe auf ein Mindestmaß herabsenken, wodurch wiederum das Fabrikat wesentlich billiger wird. Dies ist natürlich von großer Bedeutung. — Wir sehen also, daß schon im ersten Wert ein Faktor liegt, der auf den Verkaufspreis eines Fabrikates einen großen Einfluß hat. Wenn man dann weiterhin bedenkt, daß durch einen günstigen und geschickten Einkauf die Materialkosten, also der zweite Faktor, stark beeinflusst wird und durch wohlüberdachte Konstruktionen Materialersparnis erzielt werden können, so wird die Behauptung von Arbeitern (die mir in meiner Praxis sehr oft vorgehalten wurde), daß die Verbilligung der Fabrikate nur durch den Lohn erzielt werden kann, hinfällig.

Wir kommen nun zum zweiten Kalkulationswert, dem Lohn. Der Vorkalkulator kann dessen Höhe auf verschiedene Art feststellen. Er kann zunächst die Arbeitszeit abschätzen und diese mit dem Arbeitslohn multiplizieren. Dieses Verfahren ist das einfachste, aber auch das ungenaueste und damit schlechteste. Aus dem Gedanken heraus, daß nicht jeder Arbeiter den gleichen Fleiß und die gleiche Geschwindigkeit hat, auf der anderen Seite aber auch in großen Betrieben nicht jeder Mann genau kontrolliert werden kann, suchte man einen Weg, den Arbeiter an seiner Arbeit zu interessieren. Dies versuchte man durch das Prämienystem und durch das Akkordwesen zu erreichen. Das Prämienystem will ich hier nicht besprechen, denn es paßt in eine vernünftige Vorkalkulation durchaus nicht. Dagegen soll dem Akkordwesen eine eingehende Beschreibung zuteil werden. Früher und teilweise auch noch jetzt schätzte man die Zeit, die ein Arbeitsstück verlangte, ab und multiplizierte diesen Faktor mit einem Lohn, den man diesem Arbeiter als Höchstlohn angesehen wollte. Fertigte nun der Arbeiter das Stück infolge seiner Fertigkeit, die er sich im Laufe der Zeit erwarb, in einer kürzeren Zeit an, so bezahlte er natürlich über den ihm zugewiesenen Höchstlohn. Trat dieser Fall ein, so wurde ihm prompt ein Abzug vom einem Stückpreis gemacht. Dadurch wurde aber nur erreicht, daß der Arbeiter entweder die Zeit eines besseren Akkordes auf einen schlechten Markt verschob oder daß er willkürlich mit seinen Leistungen zurückblieb. Dieses Verfahren erzielte aber auf der Gegenseite als Gegenmaßnahme die äußerst niedrige Ansetzung der Akkordpreise. Durch diese ewigen Kleinkämpfe wurde dann ein so großer Reizwert gegen die Akkordarbeit verbreitet, der seinen höchsten Ausdruck in der Prägung des Wortes: „Akkord gleich Mord“ fand. Nachdem dieser Reizwert schon vorhanden war, erkannte man, daß dieses Verfahren beiden Seiten nicht dienlich war. Man ging also dazu über, die Arbeit zunächst abzuschätzen und mit einem Lohn, den man dem Arbeiter als Durchschnittslohn betrachtete, zu bezahlen. Die Zeit für die Ausführung derselben Arbeit ein anderer Arbeiter auf den Akkordwert zu setzen. Auch wurde die Akkordbestimmung nicht

schon dem Meister entzogen und einem besondern Akkordbureau übertragen, um der Güntlingswirtschaft keinen Vorstoß zu leisten. Bei den Festsetzungen wird vielfach auf ähnliche Arbeitsstücke zurückgegriffen. Wenn auch bei diesem System eine wenn auch nicht vollkommene Gerechtigkeit erzielt wird, zumal wenn die Leistung des Akkordbureaus in die Hände eines streng sachlichen Menschen, der im wahren Sinne des Wortes ein Vermittler zwischen Unternehmer und Arbeiter sein wird, gelegt wird, so ist es doch nicht das Ideal der Akkordbestimmung. Ein Faktor verfehlt hier immer noch auf Schätzung und, wie ich schon oben ausführte, dürfen Schätzungen in einer genauen Kalkulation keine Rolle spielen. Um aber das Akkordwesen mit unanfechtbaren Zahlen zu versehen, muß man eine gänzliche Reorganisation des Betriebes vornehmen, die nur möglich ist, wenn die Arbeiterschaft an ihr mitarbeitet oder ihr doch keinen Widerstand bereitet.

Damit keine Arbeit auf einer für sie nicht geeigneten Maschine vorgenommen werden kann, muß zunächst über alle vorhandenen Maschinen der Werkstatt ein genaues Verzeichnis mit allen technischen Einzelheiten angelegt werden. Nachdem darf kein Werkstück zum Arbeiter kommen, ohne daß er genau weiß, auf welcher Maschine der Teil anzufertigen ist. Dadurch wird selbstverständlich eine große bis ins kleinste gehende Arbeitsteilung kommen müssen, d. h. also, an einem Werkstück werden viele Arbeiter an vielen Maschinen beschäftigt. Daraus folgt nun wieder, daß die Maschinen zu einem maßig aufgestellt werden und die Transporteinrichtungen dementsprechend vorhanden sind. Die erste Tätigkeit des Akkordbureaus muß nun sein, die Zeiten für die sogenannten Nebenarbeiten (Stahl einspannen, Werkstück aufspannen usw.) festzulegen. Da auch hier keine Schätzung gelten darf, so müssen diese Arbeiten mit der Stoppuhr aufgenommen werden. Grundbedingung ist dabei, daß diese Tätigkeit ein durchaus erfahrener Werkstattmann, der nötigenfalls auch dem Arbeiter die günstigsten Griffe zeigen kann, ausübt und daß nicht nur einmal, sondern mindestens fünfmal die Arbeit ausgeführt und abgestoppt wird. Das Mittel aus diesen fünf Zeiten muß dann für die Berechnung gelten. Natürlich muß dann die Ehrlichkeit auf Seiten der Aufnehmenden so wohl wie des Ausführenden Ehrensache sein. Die dadurch gewonnenen Zeiten liegen ein für allemal fest. Der Preis dafür kann und muß schwanken, denn er entsteht durch die Multiplikation der Zeit mit dem Lohn, wobei der Lohn ja ein stets schwankender Faktor ist. Selbstverständlich ist, daß jeder Arbeiter die gleiche Arbeit gleich bezahlt bekommt ohne Rücksicht, ob er zwei über den Durchschnittslohn kommt oder nicht. Hat man nun diese Vorarbeit geleistet, so kann man dazu übergehen, die Zeit für die Bearbeitung des Werkstückes festzulegen. Handelt es sich um reine Maschinenarbeit, so ist die Zeitberechnung sehr einfach. Durch die Arbeitskarten, die den Arbeitsgang des Werkstückes genau vorschreiben, die also auch bestimmen, auf welcher Maschine die Bearbeitung vor sich geht, weiß das Akkordbureau genau, mit welchem Vorlauf, welcher Schnittbreite und welcher Schnittgeschwindigkeit gerechnet werden kann. Da nun außerdem durch die Aufnahme aller Werkzeugmaschinen mit allen technischen Angaben selbstverständlich die Arbeitsgeschwindigkeit (Umdrehungszahl) der Maschine feststeht, so liegt es klar auf der Hand, daß auf Grund dieser Angaben die relative Arbeitszeit schnell bestimmt ist. Handelt es sich dagegen um Handarbeit, so muß daselbe System der Zeitbestimmung einsehen, wie ich schon oben bei den sogenannten Nebenarbeiten schilderte. Ist man auf solcher Grundlage die wirkliche Arbeitszeit festgelegt, so muß man die Nebenarbeiten für das Aufspannen der Werkstücke, Stähle usw. festlegen, und zwar wieder auf die oben beschriebene Art und Weise. Hat man nun alle diese kleinen Zeiten festgelegt, so kann man also leicht die Gesamtarbeitszeit für den betreffenden Akkord bestimmen. In diese Summe muß man dann einen gewissen Zuschlag für unumgängliche Verlustzeiten einsehen, der für jede bestimmte Bearbeitungsgruppe verschieden sein und im Einverständnis mit den Arbeitern dieser Gruppe festgelegt werden muß. Dieses Verfahren der Akkordbestimmung ist das einzig richtige, denn es baut sich lediglich auf Tatsachen und nicht auf Schätzungen auf. Irreführenderweise wird es sehr oft Taylorsystem genannt. In Wirklichkeit ist es dies nicht, denn das Taylorsystem — aber wie es sein Begründer nennt, die Grundlage wissenschaftlicher Betriebsführung — baut sich auf die Wissenschaften über die Geisteszustellung und die Arbeitsleistung der Menschen auf und will erreichen, daß der Arbeiter keinerlei Verdienst leisten soll, sondern nur das leisten soll, was der Werkstattleiter ihm diktiert. Daß damit auch die Arbeitsstellung und die Zeitbeobachtung zusammenhängt, ist selbstverständlich. Bei dem hier vorgeschlagenen Verfahren muß der Arbeiter bei der Festlegung der Akkordbeiträge mitwirken, er kann selbst vorläufige Handgriffe vorschlagen, er weiß also, wenn er die Arbeit bekommt, daß der Preis wirklich gerecht und gut durchdacht ist, er weiß auch, wie er am vorzuziehenden das Stück bearbeitet. Daß er dann nur rein mechanische Arbeit leistet, darf nicht zur Verurteilung des Systems führen, denn ein Konstruktionsmann muß dann, wenn er die ihm gestellte Aufgabe gelöst hat, auch rein mechanische Arbeit (das Herstellen der Werkstattzeichnungen) leisten. In unserem Zeitalter arbeiten wohl überhaupt 99% v. S. aller Menschen im Jahr nur ganz kurze Zeit wirklich schöpferisch, um dann das so Geschaffene mechanisch auszuarbeiten.

Wird nun dieses System in einem kapitalistisch geleiteten Betrieb eingeführt, so muß unbedingt von allem Anfang jedes gegenseitige Mißtrauen beseitigt und auf beiden Seiten mit offenen Karten gespielt werden. Für einen sozialistisch geleiteten Betrieb ist es meines Erachtens die einzig richtige Produktionsart, denn sie ermöglicht infolge ihrer Ausgiebigkeit hohe Löhne, ohne das Produkt zu verteuern, also gegenüber anderen hergestellten Produkten Konkurrenzfähigkeit. Da nun ein Endpreis aus den beiden großen Faktoren Lohn und Material in der Hauptfrage besteht, diese beiden Faktoren aber unter den gegebenen Verhältnissen sehr hoch stehen müssen, so kann man eine Leistungsfähigkeit — und diese brauchen wir, denn es wird noch manches Jahrzehnt dauern, bis Deutschland, geschweige denn die anderen Industrieländer der Erde sozialistisch produziert — erzielen, wenn man die Leistung steigert. Dies kann man, wie hier ausgeführt, durch dieses System tun, ohne den Arbeiter zu schänden. Es dürfte gegen diese Art

noch geltend gemacht werden, daß die Vorteile durch den großen Beamtenapparat aufgehoben würden. Gewiß, man braucht viel Beamte, aber nur zur Einrichtung. Ist das System erst durchgeführt und richtig organisiert, so kann und muß der Beamtenapparat kleiner sein als bei den jetzt herrschenden Systemen.

Wir kommen nun zu unserem dritten Kalkulationswert, dem Lohn. Kosten oder, wie man sagt, die Regie. Regie entsteht bei der Arbeit, also muß sie durch Prozentteile des Lohnes ausgedrückt werden. Regie ist der Verschleiß der Werkzeuge, der Ausschuß, die Beamtenlöhne, Kosten für Licht, Kraft und Heizung, Miete u. dergl. Unkosten, die beim Material entstehen, schlägt man, wie schon oben beschrieben, auf dieses. Bei der Festlegung der Regie darf ebenfalls keine Schätzung gelten. Darum legt man hier genau so ein Konto an wie beim Material. Da nun der Verschleiß der Werkzeuge und der Verlust durch Ausschuß in einer Dreherei oder Fräselei naturgemäß größer ist als in einer Schmiede, so muß man für jede Werkstatt ein Unkosten- und ein Lohnkonto errichten. Durch den Vergleich dieser beiden Konten erhält man den Anteilssatz der Unkosten, die man zum Lohn rechnen muß. Hier gilt dann wiederum alles schon bei den Materialunkosten Besagte.

Als letzter Kalkulationswert tritt nun der Verdienst auf. Dieser wird ebenfalls in Prozenten ausgedrückt, doch wird er auf die drei vorhergenannten vereinigten Werte bezogen. Er ist willkürlich, sofern er nicht durch die geltenden Marktpreise der Fertigfabrikate beeinflusst wird.

So sehen wir also, daß der Preis eines Erzeugnisses aus verschiedenen Faktoren besteht, von denen der Lohn nicht immer der größte ist. Daraus geht auch hervor, daß nicht immer nur durch Lohnkürzungen der Preis des Produktes herabgesetzt werden kann. Wenn man sich hofft, daß durch diese Zeilen in der Arbeiterschaft etwas mehr Klarheit über die Vorkalkulation geschaffen wird, was zur Folge haben muß, daß man dem Vorkalkulator mit weniger Mißtrauen entgegentritt. Durch weitere in die Einzelheiten gehende folgende Aufsätze über die Akkordbestimmung hoffe ich, noch mehr Klarheit schaffen zu können.

Zum Streit um das Taylorsystem

Der Verfasser der folgenden Ausführungen ist nicht Mitglied unseres Verbandes. Unsere Leser werden es jedoch gewiß verstehen und billigen, daß wir ihn an dieser Stelle zum Wort kommen lassen.

Nachdem nun mehrfach Gegner des Systems zu Worte gekommen sind, geben Sie vielleicht auch einem Anhänger desselben etwas Raum. Fast jeder fühlt sich heute berechtigt, am Taylorsystem Kritik zu üben, selbst wenn er es nicht weiter kennt als nur vom Hörensagen. Ein solches Urteil ist auch danach zu bewerten. Schlimmer ist es aber, wenn Leute urteilen, denen die Schriften zur Verfügung stehen und deren Bildung ausreichend sein sollte, ein wirklich gerechtes Urteil zu fällen. Doch da hapert es gewaltig und eine Zusammenstellung aller gegen das System vorgebrachten Bemerkungen und unbewussten Fälschungen und Verdrehungen würde einen großen Raum einnehmen. Was können überhaupt die meisten Menschen vom Taylorsystem? Nicht viel. Gewöhnlich haben sie nur eine Ahnung davon, daß die Arbeit des einzelnen genau festgelegt werde in Minuten und deren Bruchteile und daß die Arbeit immer wieder in der gleichen, kaum ausreichenden Zeit zu erledigen sei. Und weiter, daß zu dieser Zeitfestlegung eine sogenannte Stopp- oder Stoppuhr gebraucht werde und — der Rest ist meist Schweigen, nicht allein bei Arbeitern, sondern auch bei Technikern und Ingenieuren. Diese mangelhaften Kenntnisse verhindern aber nicht, daß an den Zeitstudien Lustig weiterkritisiert wird und man auch hier das Kind wieder mit dem Bade ausschüttert. Immer wieder wird auf Amerika hingewiesen als das Land, in welchem das Taylorsystem entstanden sei, zugleich aber auch die größten Niederlagen erlitten habe. Ich möchte einmal die Frage aufstellen: Kann uns Amerika in Fragen der Arbeiterverhältnisse und Arbeitsbedingungen überhaupt als Vorbild gelten? Ich glaube nicht, denn galt angeblich der Arbeiter in Deutschland nicht viel, so gilt er in Amerika gar nichts. Wie kann es also da weiter Verwunderung erzeugen, wenn das System mißbraucht wurde und Auswüchse zeigte, deren Beseitigung keiner energischer fordern kann als ein wirklicher Anhänger des Systems.

Ich will nun nicht Kritik an der Kritik üben, sondern auf die Vorteile aufmerksam machen, die einmal reiflich überdacht werden müssen. Hierzu ist es aber erforderlich, daß wir die Lage unserer Industrie vor dem Kriege und das jetzt betrachten. Als Industriestaat waren wir auch vor dem Kriege auf die Ausfuhr angewiesen. Unsere ganze Produktionsfähigkeit bestand in unseren billigen Arbeitslöhnen, die es uns eben ermöglichten, einem Kunden jeden Wunsch zu erfüllen und dabei doch billiger zu sein als die anderen Wettbewerber. Gesund war dieses Verhältnis auch für den Unternehmer nicht, denn ich habe Firmen kennen gelernt, denen bei einer Arbeiterzahl von 150 bis 200 Personen, oft genug die Zahlung einer Rechnung von einigen hundert Mark große Schwierigkeiten machten. — Für unsere Zukunft werden wir demüht sein müssen, unsere Ausfuhr noch zu vergrößern, denn nur diese ist in der Lage, unsere Balance, d. h. die Kaufkraft unseres Geldes zu heben. Eine Ausfuhrvergrößerung ist aber nur möglich, wenn wir konkurrenzfähig, also billiger sind als unsere Zeitgenossen, denn bei gleichen Preisen nimmt uns niemand um unserer schönen Augen willen Ware ab. Das letztere gilt für den direkten Handel, im anderen Falle will der neutrale Vermittler auch noch und nicht so wenig verdienen. Gegenüber der Vorkriegszeit haben sich die Verhältnisse sehr geändert. Die Löhne der deutschen Arbeiter sind gestiegen und die Spannung zwischen den in Konkurrenzländern und bei uns in Deutschland gezahlten Löhnen ist nicht mehr so groß, hat sich also zumungunsten unserer Billigkeit geändert. Die so häufig angeführte Mindestlohnsetzung ist vorerst ohne Einfluß, da es eine in allen von Kriege betroffenen Ländern zu beobachtende und wieder verschwindende Erscheinung ist. Schlimmer dagegen steht es wieder mit der Materialknappheit und Verteuerung, die besonders durch die Gebietsabtrennung hervorgerufen wird. Wir stehen nun vor der Aufgabe, die Verteuerung unserer Ausfuhrprodukte auf irgendeine Weise zu beseitigen. Auf die Materialpreise haben wir wenig Einfluß, mit Lohnverminderungen ist der Arbeiter nicht einverstanden (und kann es auch nicht sein), so bleibt eben nur eine Produktionsvermehrung, mit anderen Worten: in Zukunft muß für denselben Lohn das Zweifache hergestellt werden. Das ist leicht gesagt, aber wie den Weg finden? Zunächst wollen wir einmal unsere berühmte „Einfachheit“, ein Zustand, in welchem jeder

Wert alles herstellen will, beiseite setzen. Wir Spezialisten, beschränken uns in jedem Wert auf die Herstellung einer Maschinengattung und möglichst auf nur wenige Größen. Hieron bauen wir dann jedesmal eine ganze Serie, deren Größe sich nach Geschwindigkeit und Kapitalgröße richtet. Dieser Serienbau bringt es dann mit sich, daß der Arbeiter von jedem Stück eine größere Zahl herstellt. Und da diese Arbeit meist im Vorhinein geschieht, so stellt sich der Arbeiter selbst eine Zeit, in der er seine Arbeit vollenden muß. Wo liegt nun der große Unterschied, der immer gemacht wird, wenn im Gegensatz zu dieser Arbeitsweise beim Taylor-System das Arbeitsstück eine Unterweisungslinie ausbildet und die Zeit festlegt? Es empfiehlt sich also, nicht gleich wie ein Stier auf ein rotes Tuch loszufahren, wenn man das Wort "Taylor-System" hört oder liest.

Eine jede Sache hat zwei Seiten, so auch das Taylor-System. Wird es mit wirklichem sozialem Verständnis eingeführt, dann hat der Arbeiter keine Ursache, sich darüber zu beklagen, denn

1. führt das System zu einer Vergrößerung der Produktion und damit der Auszahlung, diese wirkt auf Verbilligung unserer Einfuhr und dadurch unserer Lebenshaltung;
2. wird die höhere Arbeitsleistung bei wirklichem Beherrschen des Systems nicht allein durch Vergrößerung der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters erreicht, viel wichtiger ist es, alle ermüdenden und dabei doch nicht nötigen Handgriffe und Bewegungen auszuschalten;
3. wird der Lohn höher;
4. kann die Arbeitszeit verkürzt werden, was besonders bei schlechtem Geschäftsgang von Vorteil wäre, da sich hierdurch die Arbeitslosigkeit wesentlich einschränken ließe.

Es ließe sich noch vieles für das System sagen, doch würde es zuviel Raum beanspruchen. Unsere Arbeiterchaft kann der Einführung des Systems ruhig entgegenzehen, hat sie es doch jederzeit in der Hand, allen Auswüchsen zu begegnen. Aber auch hier heißt es gerecht sein und nicht eine Sache schon um des Namens willen für schlecht halten.

Heinrich F. Landefeld, Ingenieur.

Arbeitsgemeinschaften

Kollege Ludwig Segner nimmt in Nr. 25 der Metallarbeiter-Zeitung Stellung gegen den Artikel "Arbeitsgemeinschaften" in Nr. 28. Er stellt die Behauptung auf, die Errichtung von Arbeitsgemeinschaften diene in weitaus größtem Umfang den Unternehmerinteressen und begründet diesen Standpunkt damit, daß in der Zeit, wo die ersten schwachen Ansätze der Arbeiterorganisationen bestanden, die Arbeiter bestrebt waren, mit den mächtigsten Unternehmern einen möglichst dauernden Frieden zu schließen. Und er fügt hinzu: "In unseren Tagen aber, wo das Proletariat sich nur in den Besitz der Macht zu setzen und diese nur anzuwenden braucht, liegen Arbeitsgemeinschaften lediglich im Interesse des Unternehmers, weil dieses ohne Mithilfe der organisierten Arbeiterschaft die Produktion nicht wieder in Gang bringen kann." Kollege Segner scheint nicht zu wissen, daß in der Zeit, wo die schwachen Ansätze der Arbeiterorganisationen bestanden, der Kampf gegen diese Organisationen von den Unternehmern rücksichtslos geführt wurde und daß die Gewerkschaften erst infolge ihrer gewachsenen Stärke die Anerkennung der Gleichberechtigung von den Unternehmern erzwingen und Tarifabkommen mit diesen getroffen haben. Also erst später, als die Gewerkschaften an Macht und Ansehen gewonnen und die wirtschaftlichen Kämpfe geordnet und mit ausreichenden Mitteln geführt wurden, bequemen sich die verschiedenen Unternehmerrgruppen, die Arbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten anzuerkennen. Der Einwurf, daß die Gewerkschaften ihren Kampfescharakter durch Abschluß von Tarifverträgen verloren hätten, verstimmt immer mehr, weil anerkannt werden mußte, daß die Tarifkämpfe Klassenkämpfe sind. Die Forderung Segners, daß nach Ausbruch des Weltkrieges die Gewerkschaften nicht mehr grundsätzlich auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, treffen deshalb daneben. Kollege Segner dürfte wissen, daß auch heute noch der Klassenkampf bei den Unternehmern vorhanden ist und es nur durch einseitiges Zusammenstehen der Arbeiterschaft möglich geworden ist, den Widerstand der Unternehmer gegen den Abschluß von Tarifverträgen zu brechen.

Es ist falsch, den Arbeitern einzureden, sie besitzen ohne weiteres die Macht, um alles durchzusetzen, was sie für gut und richtig erachten. Es muß hervorgehoben werden, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen infolge Abschluß von Tarifen, durch Schöpfung demokratischer Einrichtungen, wie es die Arbeitsgemeinschaften sind, die Macht und der Einfluß der Arbeiter auf die Betriebsverhältnisse und im Wirtschaftsleben zunimmt. Wenn zehn Monate nach Ausbruch der Revolution nicht schon größere Vorteile erreicht worden sind und die revolutionären Bestrebungen der Unternehmer wieder mehr zum Vorschein kommen, so tragen lediglich die die Schuld, die den Arbeitern fehlen, sie beschränken sich nur zu nehmen, was sie zum Unterhalt gebrauchen. Es bereiten und bereiten diese den Revolutionären den Weg, die jeder Demokratie entgegenhandeln. Sehr mit Recht jagte Cohen auf dem Münchener Gewerkschaftstagen: "Wenn die Gewerkschaften aufstrebend auf das Wirtschaftsleben einwirken wollen, ist es notwendig, daß wir selbständig sind. Ohne die Unternehmer die Wirtschaftsprobleme lösen, das können wir nicht." Wir haben heute noch nicht die Kraft, die Unternehmer beiseite zu schieben, um das Wirtschaftsleben allein durchzuführen.

Genau geht das Verhalten der Gewerkschaften dahin, die bestehende kapitalistische Produktionsweise so rasch wie möglich in die sozialistische zu überführen und damit die letzte Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beenden. Jedoch wird dadurch der Ausbruch weitgehender sozialer Reformen in der Übergangszeit nicht überflüssig und es bedarf hierzu der weitestgehenden Demokratisierung auch im Wirtschaftsgebiete. Der Spartakusbund verlangt die Aufhebung der Demokratie. Er will nicht, daß planmäßig sozialisiert wird, sondern er sucht durch planlose Kämpfe, durch feste Streiks und des Kampfen unerfüllbare Forderungen jegliche Produktion unendlich zu machen. Durch Versprechungen, daß es den Klassen möglich sei, sich selbst in den Besitz der Macht zu setzen, werden die weniger organisierten Arbeitermassen irreführt. Die große Anzahl davon, die aus Ausbruch der Revolution keine oder einer geringeren Gewerkschaft angehören, sind dies, die mit dem Tempo in der Umwälzung zurückbleiben. Es sind dies die Elemente, die Spartakus nachsehen. Viele der alten Kollegen, denen das Treiben der Kommunisten nicht gefällt, zeigen sich gerade so, wie die Herrschenden über die Umwälzung über die Organisationen, der Umwälzung über die Umwälzung, der Selbständigen über die Selbstlosen möglich gemacht. Das durch benannte Organisationen auch keine mit jederzeit machen, die jetzt allgemein als Überlegen, die Schritte unternehmen, ist nicht besonders verwerflich. Es treten daher auch Kollegen als Gegner der Arbeitsgemeinschaften auf, die im allgemeinen dem Abschluß von Tarifverträgen nicht entgegenstehen und nicht unbedingte Anhänger von Spartakus sind. Dem Teil folgen diese aber ohne zu prüfen den Forderungen: Die Macht der Arbeiter und Selbstbestimmen.

Kollege Segner nennt die Beziehungen in den Arbeitsgemeinschaften beschönigend. Hier sind Harmonisierungen, wegen früherer bei den Beziehungen stehen gegenüber. Beziehungen in den Arbeitsgemeinschaften stehen. Es muß jedoch hervorgehoben werden: das Vertrauen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen bezüglich zu setzen. Es ist die Gewerkschaften zur Macht kommen, als alle verwerflichen über angehen werden; in der Beziehung ist es als die Stärke einer Gewerkschaft, wenn die Mitglieder als gleichberechtigt angesehen werden und die Gewerkschaft die Unternehmerrverbindungen zwingt, Tarife mit ihr abzuschließen. Das Eingehen einer Arbeitsgemeinschaft mit Unternehmerrverbindungen ist eine neue Produktionsweise, es bedeutet deren Abschluß keine tatsächliche Handlung, sondern liegt bei neuen Verhältnissen Handlung.

Wenn Segner es als ein Ethik Einbildung oder Selbsttäuschung bezeichnet, wenn er sagt, daß die Arbeiter sollen sich bei Verhandlung der Wirtschaftslage nicht von dem Kopf, sondern die wirtschaftlichen Interessen lassen, so heißt es, daß es bei diesen, die sich während der Revolution und nach Ausbruch der Revolution abspielen, nicht zu tun haben, sondern, daß die Arbeiter sich selbst zu tun haben, um die Gewerkschaften zu unterstützen.

Dinge vorerst unterrichten; denn es dürfte wenige unter den älteren Gewerkschaftskollegen geben, die nichts davon wüßten, wessen die Kollegen beschuldigt werden, die an dem Abschluß der Arbeitsgemeinschaften mitwirkten. "Arbeitsgemeinschaften", "Gewerkschaftszentren", die sich von Arbeitergewerkschaften unterscheiden, sind noch die mildesten Bezeichnungen für die Leute, die ebenfalls im Interesse der Arbeiterschaft wirken.

Das aber auch die Chemnitzer Metallarbeiter von den Bestrebungen des Rätesystems nicht vertreten sein wollen, zeigte sich bei der Delegiertenwahl zur 14. Generalversammlung. Da ist von Vertretern beider Richtungen offen erklärt worden, daß sich der Streit in Stuttgart abspielen werde um Arbeitsgemeinschaft und Rätesystem. Die Liste für das Rätesystem erhielt 2 Kandidaten, während die Liste derer, die für die Arbeitsgemeinschaft stand, 19 Vorschläge erhielt. Es dürfte daher anzunehmen sein, daß die Chemnitzer Arbeiterschaft den Standpunkt Segners nicht allgemein vertritt, wonach Arbeitsgemeinschaften einen konservativen Geist in die Gewerkschaften tragen sollen.

Robert Krause.

Gerechtigkeit

Der Kollege E. P. (Berlin) antwortet mir auf meinen Artikel "Totengräber": "Man soll die Grundlagen der Gerechtigkeit nicht verlassen." Und in seinem Schlußsatz: "... daß die Gleichheit der Mitglieder das höchste Gut ist." So, weiter Kollege E. P., hätte man diese ewig guten Worte in unserem Verbande immer beherzigt, dann wäre der Artikel "Totengräber" wohl von mir nie geschrieben worden. Du hast doch wohl jedenfalls das gewerkschaftliche Leben und Weben in den letzten Zeiten miterlebt. Hast doch jedenfalls mancher Mitglieder-versammlung beigewohnt. Hand aufs Herz, sind da die goldenen Worte, die Du so herbeiziehst, nicht oft genug mit Füßen getreten worden? Ja, Kollege, ich will Gerechtigkeit und Gleichheit. Ist es aber Gerechtigkeit, wenn ein tüchtiger Kollege gemahregelt wird? Ist es Gleichheit, einen so lange tüchtigen Kollegen vor einer Wahl zu fragen, welcher Partei er angehört, trotz dem man genau weiß, daß er weder konservativ, zentralistisch oder nationalistisch, sondern alter langjähriger Sozialdemokrat ist und nur nicht alle Augenblicke sein Gemüt wechselt? Wer hat den Mut zu sagen, daß diese Sachen nicht vorgekommen sind und nicht nur einmal? Wen wollte man denn "nicht fragen, lieber Kollege E. P.? Wer hat das "höchste Gut" mit Füßen getreten? Und nun die Novembersozialisten! Ich weiß sehr wohl, daß wir zu unserem Befreiungskampfe alle Kollegen brauchen, denn wir wollen ja eine Welt gewinnen. Ein jeder muß dazu mithelfen. Aber ich behaupte: Wer vor der Revolution nicht den Mut hatte aber zu gleichgültig war, sich zu organisieren, der ist nicht der Mann, der das Recht hat, jetzt über schlappe und feige Gewerkschaftszentren zu schimpfen. So traurig waren die Verhältnisse in den letzten Jahren vor dem Kriege, zumal in den Großstädten, wo am meisten gestärkt wird, nicht, daß jemand aus Angst, er verliere seinen Arbeitsplatz, sich nicht der Organisation anschließen konnte. Nein, Kollege E. P., das sind die vielen unzuverlässigen Elemente, die nie alle werden. Mit denen kann man kein Haus bauen. Unsere Mutter Natur erzeugt eben nicht nur Idealgestalten. Deshalb müssen diese Kollegen und Genossen erst einmal aufsehen, aufpassen und lernen, nicht gleich den Mund weit aufreißen. Dazu gehört denn heute mehr Mut, sich zur S. P. D. oder S. P. D. zu bekennen? Aber noch eins, lieber Kollege E. P., wenn man sich schon einen kleinen Schritt, als unter vier Augen vorredet, dann wird er bald ortig, denn wie bei allen Säuglingen ist auch hier der Mund immer größer als der Verstand. Und deshalb, alle Kollegen, die wir schon früher gegen die kapitalistischen Unternehmerr Mut und Mächtig hatten, jetzt müssen wir diese Eigenschaften auch gegen die etwas aus dem Geleise getretenen Kollegen behaupten.

S. Gottschall (Berlin).

Lohnreform?

Mit großem Interesse habe ich die Artikel unter obiger Ueberschrift gelesen, die der Verbesserung des Verdienstes, der Lohnreform dienen. Doch sieht habe ich dabei bemerkt, daß einmal auch dem Verdienste der Arbeiterinnen gedacht werden würde. Der Arbeiterinnen, die doch in der Metallindustrie immer mehr beschäftigt werden. Nun wird man einwenden, daß die Arbeiterinnen ja selbst ihre Ansprüche in der Forderung zur Geltung bringen könnten. Die Arbeiterinnen seien ja seit Beginn der Revolution gleichberechtigt und gleichgestellt. Nach der einen Seite trifft das wohl zu, z. B. bei der politischen Organisation usw., nach der andern Seite läßt das wohl viel zu wünschen übrig. Und da kommt die Lohnfrage, der Verdienst hauptsächlich in Betracht. Warum bekommen die Arbeiterinnen bei der gleichen Arbeit nicht die gleichen Löhne? Vielfach treten die Arbeiterinnen als Kontrahenten auf, indem sie billiger arbeiten als die Arbeiter. Die Arbeiter sind jedoch daran größtenteils selbst schuld. In Betriebsversammlungen und bei Lohnbewegungen hört man es leider immer noch zu oft, daß der Arbeiter mehr verdienen müsse als die Arbeiterin. Ich frage die Kollegen: Gebraucht die Arbeiterin nicht ebenfalls Geld wie der Arbeiter, hat sie nicht ebenso unter der Leistung zu leiden, oder bekommt sie alles billiger zu kaufen? Es gibt heute noch Löhne, mit denen die Arbeiterinnen unzulänglich auskommen können. Jeder Arbeiter sollte mit dafür eintreten, daß die Arbeiterin für gleiche Leistung den gleichen Lohn erhält. Das wäre für jeden zum Vorteil. Dem Arbeiter wäre es dann viel leichter, Vorteile für sich zu erringen, der Unternehmer könnte dann nicht mehr sagen: Wenn Sie die Arbeit für das Geld nicht mehr machen wollen, dann stellen wir einfach eine Frau oder ein Mädchen dorthin, die macht es billiger. Die meisten Frauen hätten es auch gar nicht mehr nötig, zu arbeiten, weil der Mann dann soviel verdienen, daß er seine Familie gut ernähren könnte. Die Frau muß als Gefährtin und Kollegin und nicht als minderwertig angesehen werden. Auch die Vollzeithandlung würde dadurch eine bessere werden. Im übrigen halte ich es für vorteilhaft, wenn versucht werden würde, die Lohnfrage in der Metallindustrie zu lösen. Die Lohnfrage für das ganze Reich. Dieses Problem ist schon öfter aufgetaucht, doch wird es bei manchen Hindernissen zu befeitigen geben. Da müßten, glaube ich, auch verschiedene Schritte geschaffen werden, zum Beispiel für Fabrikarbeiter, Landarbeiter usw. Jedoch müßten auch hier Ungerechtigkeiten nach Möglichkeit vermieden werden. Durch diese Maßnahme würde das soziale Bewußtsein der verschiedenen Industriezweige nach Segenden, wo billiger gearbeitet wird, aufhören, kann der Reichstareif hätte der wesentlichen Ausbeutung der Arbeiter durch den Unternehmer einen Riegel verschoben. Erich Schröder, Brandenburg (Havel).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Im Interesse zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 22. Sept. der 10. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. Sept. bis 4. Oktober 1919 fällig ist.

Die Zahlung des Wochenbeitrags wird nach § 8 Abs. 3 des Verbandstatutes folgendermaßen in der angegebenen Höhe geschätzt:

Vermögens-	Für die Mitglieder der			Tagen der Beitragsleistung
	I	II	III	
Witze	30	20	10	41. Beitragswoche.
Gefährte	10	—	—	15. September.
Witwen	30	10	5	1. Oktober.
Waisen	50	—	—	22. Beitragswoche.
Waisen	20	—	—	1. Oktober.

Die Nichtzahlung dieser Beiträge hat die Entziehung tariflicher Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:
Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. des Statutes aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsjahre Düsseldorf:
Der Former Wilhelm Gleisner, geb. am 30. Mai 1884, Mannheim, Buch-Nr. 2327261, wegen Betrug.

Bestohlen wurde:
Buch-Nr. 2495517, lautend auf den Zuführer Wilhelm Geyer, geb. am 7. Januar 1888, zu Düren, eingetreten am 18. Februar 1917 in Wolfenbüttel. (Bremerhaven.)

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten

von Bandagisten und Orthopädiemechanikern nach Düsseldorf (Sa. Arthur Wolf) M.;
von Dreheren nach Geisenheim (Maschinenfabrik Johannesberg) G. m. b. H. D.; nach Soest (Sa. Rauhmeier) D.; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und Chem. Fabriken) M.;
von Elektromonteurern nach Danzig v. St.;
von Formern und Gießereihilfsarbeitern nach Neuf bei Düsseldorf D.; nach Soest (Sa. Rauhmeier) D.; nach Vogelhang i. W. (Schröder & Brüding) D.;
von Feinschmiedern und Helfern nach Stendal (Gebr. Wolf) D.;
von Feinschmiedern nach Soest (Sa. Rauhmeier) D.; nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chemische Fabriken) M.;
von Feinschmiedern und Schmiedern nach Biberach a. N. D.; nach Greifswald i. Pomern (Sa. Alfred Kuhn) M.; nach Wittensberge, Bez. Potsdam, E.;
von Metallarbeitern nach Danzig D.; nach Gumbinnen v. St. nach Fahr u.; nach Windau D.; nach Memmingen (Sa. Schulz) M.; nach Ohrdruf i. Th. St. u. W.; nach Herblingen (Sa. Turbo, Maschinenfabr.) St.; nach Weimar M.;
von Metallarbeitern nach Arnstadt (Sa. Engelhardt) D.; nach Leipzig (Wittiner & Geißler, Rabold & Lindner, Schneider & Stoll) D.;
von Schmiedern und Schmiedern nach Staßfurt u. Umg. (Salzbergwerke und chemische Fabriken) M.;
von Schuhten, Schloßern und Stellmachern nach Hornburg i. Harz (Sa. H. Barthmann) D.;
von Schmitt- und Stanzbauern, Schloßern, Dreheren und Stahlgraveuren nach Zwickau (Sa. Joh. Köhler) E.;
von Werkzeugmachern nach Wallendar (Sa. Joh. Krauß) E.;
von Zingelern nach Regensburg (Sa. Eugen Weidmann) M. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; M. = Maßregelung; M. = Mißstand.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Berichte

Gravure und Eiselnere.

Stuttgart. Zu dem in Nr. 37 veröffentlichten Entwurf für die Branchenkonferenz mache ich folgende Vorschläge: **Arbeitszeit:** Auf 8 1/2 Stunden herabzusetzen, die übrigen Stunden dürfen nur gemacht werden, wenn keine weiteren Arbeitskräfte zu erhalten sind und die Arbeit unbedingt dringend ist. Der Betriebsrat oder Betriebsratmann hat über die Notwendigkeit der Ueberzeitarbeit zu entscheiden. **Lehrlinge:** Die Lehrlingsfrage ist als besondere Punkt auf die Tagesordnung der Branchenkonferenz zu setzen und womöglich mit einem Referat zu versehen. Die Delegierten werden beauftragt, die Grundlagen für eine geschliche Regelung der Lehrlingsfrage zu schaffen, z. B.: Die Zahl der Lehrlinge richtet sich nach der Anzahl der beschäftigten Gehilfen. Wenn keine Gehilfen beschäftigt werden, darf kein Lehrling gehalten werden. Wird ein Gehilfe dauernd beschäftigt, so kann ein Lehrling gehalten werden. Gehilfen, die nur ausfallsweise beschäftigt werden, zählen hier nicht mit. Bei 3 Gehilfen 2 Lehrlinge, bei je weiteren 3 Gehilfen einen Lehrling mehr. Die Lehrzeit darf drei Jahre nicht übersteigen. Volontäre sind in die Zahl der Lehrlinge mit einzurechnen. Der Lehrling darf nur auf seinem Beruf Beschäftigung finden. Lehrenträge, die diesen Bestimmungen zuwiderlaufen oder eine Verschlechterung darstellen, sind unzulässig. **Werkzeuge:** Fertige Werkzeuge, wie Feilen, Nüsseln, Schaber, Stichel usw. werden vom Unternehmer geliefert. Werkzeuge, die erst hergestellt werden müssen, wie Hungen, Meißel usw. sind während der Arbeitszeit herzustellen und wird der dazu erforderliche Stahl vom Unternehmer geliefert.

Karl Guber.

Metalldrucker.

Flottenberg i. Westf. Die Differenzen bei den Firmen Rudolf Seuthe und Ludwig Geissenichmidt sind durch Verhandlungen beigelegt worden.

Metallarbeiter.

Berlin. In Nr. 85 und 86 der Metallarbeiter-Zeitung antworteten die Kollegen Giering (Berlin), Krause (Dresden) und Müller (Merhan) auf meinen Bericht in Nr. 33 vom 16. August. Der Kollege Giering zurückhaltend, Krause und Müller in demagogischer, die Tatsachen auf den Kopf stellender Art. Giering und Krause hat es der Satz: "Die früheren Leiter haben uns ein Arbeitsfeld hinterlassen, das auf dem Zusammenbruch eingestürzt war" ganz besonders angetan. Der gewünschte Kommentar, den der Kollege Krause verlangt, dürfte diesem nicht unbekannt sein. Sei Jahren war unter den Berliner Kollegen eine große Mißstimmung gegen die Verwaltung vorhanden. Diese wurde ganz besonders gesteigert, als das Generalkommando 1917 die Reumhaber der Bevollmächtigten sowie der Verwaltung verboten hat. Die Zeitung trat nicht ab, wie es die Berliner Kollegen in allen Bezirksversammlungen verlangten. Die Verwaltung unterwarf sich dem Vorstand, welcher die Wahl bis auf ruhigere Zeiten vertagte. Durch diese Haltung wurde das Vorgehen des damaligen Generalkommandos unterstützt und den Mitgliedern ihre elementarsten Rechte genommen. Diese Mißstimmung hat sich fortgesetzt bis 1919, wo die neue Verwaltung gewählt wurde. Hinzukommt noch, daß das Kollektivabkommen abgeschlossen wurde gegen den Willen der Generalversammlung und deshalb die größten Branchen sich außerhalb beiseiten stellten. Leicht war es nicht, unter diesen Verhältnissen eine in ihrer großen Mehrheit gegen die verfallene Ortsverwaltung empörte Kollegenchaft zusammenzubringen. Die sofort nach unserer Wahl einsetzenden Bewegungen fast aller Branchen erbringen den Beweis dafür. Alle die für meine Behauptung sprechenden Beweise hier anzuführen, würde zu weit gehen. Giering vermeidet es, auf den Kern meiner Ausführungen einzugehen. Die ungerecht die Bevollmächtigten seiner Bestimmung gegenüber die jetzigen Bevollmächtigten sind, wird ausreichend dadurch bezeugt, daß er zugibt, wir haben die Hilfe der früheren Bevollmächtigten nie in Anspruch genommen. Doch wir dennoch die an und heranziehenden Schwereigkeiten bis jetzt meisterten, dürfte allen gerade denkenden Kollegen zeigen, wie gemeingefährlich gegen uns gearbeitet wird. Die uns vorgeordnete Unfähigkeit wird dadurch richtig beleuchtet. Giering fordert mich auf, bei meinen Versammlungen Nachfragen zu stellen über U. S. P. Versammlungen der Metallarbeiter. Ich habe dies getan bei Kollegen aller sozialistischer Richtungen. Keiner konnte mir darüber Auswurf geben, daß je eine öffentliche Versammlung gleichen Charakters, wie die von den der S. P. D. angehörenden Kollegen arrangiert, einberufen wurde. Giering mußte Tatsachen anführen, wenn er auf seine Angaben gelegt werden soll. So darf man die Organisation gefährdetes Treiben nicht rechtfertigen. Die Rechtfertigung Gierings ist mir verständlich, da er durch seine Unwissenheit

In der Verfassung mitschuldig ist. Krause versucht an den von mir erwähnten Tatsachen mich mitschuldig zu machen. Er weiß, daß ich in jeder Verwaltungsverfugung, in jeder Generalversammlung usw. meinen gegenläufigen Standpunkt offen präzisiert habe. Es ist unklar, wenn Krause behauptet, ich sei bis März 1919 in der Verwaltung gewesen. Tatsache ist, daß ich Ende Januar auf Veranlassung des General-Kommandos beim Generalkomitee in Berlin, weil ich der Streikbewegung angehört, eingekerkert wurde. Im letzten Jahre habe ich an den Verwaltungsangelegenheiten nicht mehr teilnehmen können und kann ich auch die Verantwortung dafür nicht übernehmen. Hier zeigt sich, wie demagogisch Krause handelt. Sünden, die er auf sich geladen hat, versucht er auf meine Schultern abzuwälzen. Würde ich ein Anhänger der Gewerkschaftspolitik, die Krause verfolgt, dann hätte er recht. So aber muß er sich das Schuldbüro mit der ihm gleichgültigen Kollegen der ehemaligen Verwaltung teilen. Krause hat sich in Berlin unmöglich gemacht. Es ist dies sein Geheimnis. Wer sich darüber näher informieren will, kann Auskunft bei der Brandenburger Kommission der Berliner Maschinenarbeiter einholen. Krauses Zeugnis über meine agitatorische Tätigkeit ist überaus ehrenhaft für mich. Sollte ich im Sinne der früheren Zeitung gearbeitet, Krause würde kein Wort des Tadels finden. Da ich aber stets vom Standpunkt meiner Überzeugung und aus eigener Meinung das Beste für die Kollegen getan habe, bin ich seiner Meinung nach pathologisch veranlagt. Darin unterscheidet sich mich allerdings von Krause, der ich als Mann einer eigenen Meinung niemals kennen gelernt habe. Diese Haltung hat Krause allerdings die Verfolgungen der damaligen Regierungen sowie der Unternehmer erspart, während ich, Krause weiß es genau, der Verfolgung dieser Mächte während der Kriegszeit nicht fern zu stehen hatte. Wenn ich an einigen Demonstrationen nicht teilnehmen konnte, so deshalb, weil wichtige Versammlungen der Organisation mich davon abhielten. Krause gibt das selbst zu. Stets habe ich dem Kassierer davon Mitteilung gemacht und wurde mein Fehler auch niemals beanstandet. Jedoch hat Krause an Revisionen nicht teilgenommen, weil er sein Persönliches von der Rücksicht dem Unternehmen gegenüber nicht zu rechtfertigen magte. Der Zusammenbruch, den ich habe mit herbeiführen helfen, ist der Zusammenbruch einer sich über den Willen der Mehrheit hinwegsetzenden Clique gewesen. Über dieser Clique gehört auch August Krause, der Mann ohne Meinung. Der Kollege Müller schießt den Vogel ab. Busch, Ramsbrock und Genossen, die vor der Verwaltung ebenfalls versagt, glauben derselben in Schutz nehmen zu müssen, indem er auf einen Beschäftigten des W o r t s sich beruft. Derselbe ist von mir in der Freiheit von Anfang bis Ende widerlegt worden. Heute noch war ich auf die Beweisführung des Wortes und seiner Hintergedanken, obwohl ich genügend die Deffektivität auf diese schmutzige Verleumdung aufmerksam machte. Es kennzeichnet Müller, daß er sich als Mundstumm sein Freundes Busch'scher Beweisweiligkeit bedient, bei denen seines Freundes in Berlin die Felle fortzuschwimmen. Ein Kollege, der auf jeden Reim kriecht, wird bei seinen Mitarbeitern keinen Anflug finden. So ist es Müller, das bezuge ich gern, in Berlin sehr oft erzählend. Wenn Müller sachliche Meinungsäußerungen, die wir in der kollegialsten Weise sehr oft auszusprechen, als eine Empfehlung, sich nach links zu entwickeln, ansieht, so ist das seine Sache. Müller muß wissen, daß ich genügend Bezeugen, wie ich mich dafür einsetzte, daß er Vertrauensmann bei der Firma Schwanitzkopf wurde. Wie ich bei allen sich bietenden Gelegenheiten für Müller eintrat, will ich nicht erwähnen, es dürfte denselben zu sehr beschämen. So weit sind wir allerdings noch nicht, daß ein der S. P. D. angehörender Kollege jede Funktion für sich beansprucht. Voraussetzung ist neben der Fähigkeit vor allen Dingen das Vertrauen der Kollegen. Diesen Grundsatze läßt Müller allerdings nicht gelten. In einem vom 28. August 1919 datierten Brief teilt mir derselbe mit, daß ihn seine Kollegen als „Kaisersozialisten“ nicht zum Vorstand delegiert haben. Das zeigt deutlich, daß nicht nur die Berliner Kollegen, sondern auch die Verbände Kollegen, wo Müller als Geschäftsführer tätig ist, Vertrauen, auf das jeder Funktionär sich stützen muß, für denselben nicht ausbringen können. O. L. o. f.

Dresden. In der von 615 stimmberechtigten Mitgliedern besuchten Generalversammlung am 2. September 1919 erließen die Kollegen den Bescheid über den von einer 14gliedrigen Kommission ausgearbeiteten Entwurf zu einem verbesserten Tarifvertrag für die Metallindustrie der Reichshauptmannschaft Dresden. Nach einer dreifachen Aussprache wurde gegen wenige Stimmen beschlossen, den Tarifvertrag beim Verband der Metallindustriellen einzulegen. Ein Antrag der Vertrauensleute der Kupferfabrik Döhlen, umgehend eine Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung vorzunehmen, weil die Kollegen mit der Tätigkeit derselben, besonders der des Kollegen Marx nicht einverstanden seien, konnte von den Antragstellern mit keinen Beweisen belegt werden. Allseitig wurde beurteilt, solche Anträge ohne hinreichende Begründung an die Generalversammlung gelangen zu lassen. Der Antrag wurde mit aller gegen 12 Stimmen abgelehnt. — Eine längere Aussprache entspann sich dann über die Festsetzung des Wahlergebnisses zur Generalversammlung des Gesamtverbandes.

Öffnen. Die Entwicklung unseres Verbandes in Öttingen und Umgebung ist in den Jahren vor dem Krieg sehr langsam vor sich gegangen. Die fortgesetzten Anstrengungen einzelner Kollegen, den Gedanken der Gewerkschaftsorganisation in die Köpfe ihrer Mitarbeiter hineinzubringen, hatte selber ganz wenig Erfolg, trotzdem ihre wirtschaftliche Lage eine schlechte war. Die Löhne blieben weit hinter denen anderer Industriezweigen der Metallindustrie zurück, obwohl fast durchweg erstklassige Erzeugnisse hergestellt wurden. Damals gab es noch sehr viele Heimarbeiter — so in Ostmetzingen usw. —, die oft von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr abends arbeiteten. Für diese Arbeit wurde ein ganz miserabler Lohn bezahlt. Den größten Nutzen und Vorteil hatten die Fabrikanten dabei. Auch während des Krieges, wo die Unternehmer Riesengewinne einsteckten, waren die Lohnverhältnisse keine besseren. Die Arbeiter ließen sich während dieser Zeit alles ruhig gefallen. Es mag bei einzelnen wohl die Angst vor dem selbigen Not etwas dazu beigetragen haben. Waren die Kollegen vorher aufgewacht, so hätten sie während des Krieges einen viel höheren Verdienst erzielen können. Die Anzahl schimpfte wohl recht darauf los, aber zur Tat wurde nicht geschritten. Die Revolution brachte nun eine völlige Umwandlung dieser Verhältnisse. Die Bewegung setzte im November 1918 ein, von wo es immer gut vorwärts ging. Am 1. Januar 1919 hatten wir 247 Mitglieder. Das erste Vierteljahr hatte einen riesigen Zuwachs aufzuweisen. Heute zählen wir über 1300 Mitglieder. Sogar im hohenzollernschen, wo es früher unmöglich war, Fuß zu fassen, haben wir schon Fortschritte aufzuweisen. Dank dieser Entwicklung gelang es, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse fast im ganzen Reich tariflich zu regeln. Zum Teil stehen wir wieder in einer neuen Lohnbewegung. Bei Abschluß der Tarifverträge wurde der größte Teil unserer Kollegen befriedigt, weil es ein bedeutender Fortschritt gegen früher war. Einmalige bestehende Mängel können bei erneuten Abschlüssen von Tarifen beseitigt werden. Die Kollegen müssen aber erkennen, daß man den Unternehmern alles nur schrittweise, und zwar nur mit Hilfe einer starken Organisation abringen kann. Deshalb ist die Voraussetzung für den Erfolg aller Bewegungen, daß alle Kollegen den Verband die Treue und Einheit bewahren. Wo dieses der Fall ist, können alle Widerstände, die sich uns entgegenstellen, überwunden werden. Da, wo sich die Arbeiter selbst zerstreuen, haben die Unternehmer die größte Freude und auch den größten Nutzen davon. Gerade deshalb jeder Kollege und jede Kollegin für Aufklärung und Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation, dann werden wir für alle Kämpfe gerüstet sein.

Genau e. M. Der Streik der Metallarbeiter ist nach einmonatiger Dauer durch Verhandlungen beigelegt worden. Er begann am 4. August und am 4. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Erfolg ist, daß die bisher so schlecht bezahlten Hilfsarbeiter von 1,30 bis 1,45 M die Stunde auf 1,80 bis 1,90 M gekommen sind. Die gelernten Arbeiter, die bisher schon 2,20 bis 2,30 M hatten, haben ja schon vor dem Kampfe bei den Verhandlungen erklärt, daß es ihnen in erster Linie um die Verbesserung der Prüfungsarbeiten zu tun ist. Belber ist dies nicht ganz gelungen, denn verlangt war für die Stunde 2 M. Ob das erreicht werden wäre, wenn der Kampf noch einige Wochen länger gedauert hätte, das war die Frage, die eingehend geprüft werden mußte. Die getroffenen Vereinbarungen

sind folgende: „Zwischen dem dem Verband der Metallindustriellen für Hessen-Nassau, Hessen und angrenzende Gebiete S. P. D., Ortsgruppe Hanau, und dem dem Industrieverband Hanau angeschlossenen Gewerkschaften einseitig und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Ortsgruppe Hanau andererseits sind folgende Vereinbarungen bezüglich der Gleichearbeiter in Hanau getroffen worden. Dieselben sind für obige Verbände bis auf weiteres bindend und können erst nach einer vorherigen Kündigung von 4 Wochen, frühestens auf den 31. 10. 1919, von einer der vertraglichstehenden Parteien außer Kraft gesetzt werden. In diesen Abreden bzw. Verträgen sind sämtliche Forderungen, Forderungen und sonstige Zulagen enthalten. Soweit bereits höhere Sätze erreicht worden, bleiben dieselben bestehen. Wird in Nord gearbeitet, sind die Bestimmungen des Kollektivabkommens (siehe unter Nordarbeit) maßgebend. Durch die nachstehenden Sätze wird gleichzeitig der Lohnausgleich für die Herbstzeit der Arbeiterzeit auf 8 Stunden wöchentlich abgeleitet, jedoch nochmalige Ansprüche nicht gestellt werden dürfen. Diese Vereinbarung tritt in Kraft mit Beginn der auf den 15. Juli folgenden Lohnwoche. 1. Gelernte Arbeiter (Stomer und Sternmacher): über 25 Jahre 2,10 bis 2,30 M, 20 bis 25 Jahre 1,80 bis 2 M, 18 bis 20 Jahre 1,40 bis 1,70 M, von vollendeter Lehrzeit bis 18 Jahre 1,10 bis 1,40 M. 2. Angelernte Arbeiter (Maschinenformer und Sternmacher): über 25 Jahre 1,85 bis 2,05 M, 20 bis 25 Jahre 1,55 bis 1,75 M, 18 bis 20 Jahre 1,25 bis 1,55 M, von vollendeter Lehrzeit bis 18 Jahre 0,95 bis 1,25 M. 3. Hilfsarbeiter (Gussputzer, Sandmüller, Schmelzer, Ofenarbeiter, Kranführer im Hochofen): Verheiratete ohne Unterschied des Lebensalters 1,80 bis 1,90 M, Unverheiratete über 25 Jahre 1,60 bis 1,70 M, 20 bis 25 Jahre 1,50 bis 1,60 M, 18 bis 20 Jahre 1,30 bis 1,40 M, 16 bis 18 Jahre 1 bis 1,20 M. 4. Allgemeine Hilfsarbeiter in der Gießerei: Verheiratete ohne Unterschied des Lebensalters 1,70 bis 1,80 M, Unverheiratete über 25 Jahre 1,50 bis 1,60 M, 20 bis 25 Jahre 1,30 bis 1,50 M, 18 bis 20 Jahre 1,10 bis 1,30 M, 16 bis 18 Jahre 0,90 bis 1,10 M. — Ob das nicht auch ohne Kampf hätte erreicht werden können? Jedenfalls war von der Arbeiterchaft alles versucht worden, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu erledigen. Nachdem mehrere Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hatten, sollte der Schlichtungsausschuss vermittelnd eingreifen. Aber da geschah nun das Unglück: Statt daß die Unternehmer offen erklärt hätten, mehr als wir bisher geboten haben, geben wir nicht, können wir nicht geben, wonach der Schlichtungsausschuss wenigstens einen Anhaltspunkt gehabt hätte, zogen sie ihren früher gemachten Vorschlag zurück und verlangten die Prüfung der Frage, ob in den letzten Wochen eine Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten sei. Der Schlichtungsausschuss war vor eine schwierige Frage gestellt, die er gar nicht hätte prüfen dürfen, weil er dazu gar nicht in der Lage war. Weiter hätte er aber auch die Frage prüfen müssen, die von der Gegenseite gestellt war, ob der bisherige Verdienst ein angemessener gewesen sei, welche Prüfung er aber ablehnte. Der Schlichtungsausschuss lautete: Es ist keine Verteuerung eingetreten, mithin eine Erhöhung der Löhne nicht berechtigt. Bei der Prüfung der Löhne für die Hilfsarbeiter 1,30 bis 1,45 M scheinen dem Schlichtungsausschuss aber doch Bemerkungen gekommen zu sein, denn er sprach demselben — sage und schreibe — 15 % Erhöhung zu. War unter solchen Umständen der Kampf noch zu umgehen? Der Vertrag der Schlosser und Dreher sollte ebenfalls erneuert werden und es war mit Bestimmtheit zu erwarten, daß man sich auch bei Beratung des neuen Entwurfes auf diesen Schlichtungsausschuss berufen hätte. Und so kam, was kommen mußte. Ob man noch einen oder zwei Tage gewartet und dann noch einmal handelt hätte, ob mehr herausgekommen wäre ohne Kampf, vermag niemand zu sagen. Aber Wahrscheinlichkeit nach wäre ohne Kampf nicht mehr erreicht worden, denn die Verhältnisse lagen ganz eigenartig und infolgedessen glaubten die Unternehmer zwei Kisten mit einer Klappe schlagen zu können. Aber wie es gewöhnlich bei derartigen Unfällen geschieht: alle Meinungsverschiedenheiten waren verschwinden und man konnte nur noch den einen Feind, den Kapitalismus. So war es auch hier. Noch niemals ist ein Kampf unter schwierigeren Verhältnissen ausgefochten worden. Aber eine Einigkeit hat sich gezeigt, die der Genauer Kollegen alle Ehre macht. In den 4 1/2 Wochen ist nicht ein einziger Streikfächer getrieben, obwohl die Kollegen in den ersten zwei Wochen nur die reine statistische Unterstützung bekommen haben. Das wird die Unternehmer wohl auch zum Denken angeregt haben. Wenn auch finanziell die Erfolge im allgemeinen nicht besonders groß sind, auch schon deshalb nicht sein konnten, weil wir unsern Nachbarn in keiner Weise zurückstehen, so liegt aber auch nicht der geringste Anlaß vor, den Erfolg zu verfeinern. Der Kampf hat einen großen moralischen Erfolg gehabt. Und das danken wir außer dem treuen Aushalten der Streikenden auch der tatkräftigen Unterstützung der auswärtigen Kollegen und den noch in Arbeit gewesenen Gold- und Silberarbeitern und den Diamantschleifern. Wir sagen allen Obem unsern besten Dank! Unsere Gold- und Silberarbeiter und unsere Diamantschleifer hatten sich verpflichtet, wöchentlich 5 M zu bezahlen, die weiblichen und jugendlichen Mitglieder 2 M, so lange der Streik dauerte, welcher Beschluß auch freudig ausgeführt wurde. Von auswärtigen Verwaltungstellen erhielten wir: Von Hildesheim 500 M, Stuttgart 500 M, Eisenach 1000 M, Chemnitz 1000 M, Ebing 500 M, Gera 100 M, Jena 100 M, Essen 1000 M, Gelsenkirchen 500 M, Frankfurt a. M. 1. Rate 1820,50 M, Pforzheim 5000 M, Barth a. O. 68 M, Stenbal 312,80 M, Salzgitter 1000 M, Bochum 500 M, Frankfurt a. M. 2. Rate 88,50 M, Konstanz 100 M, Wehr 1751,05 M. Also bis zur Abfassung dieses Berichtes zusammen 18 840,85 M. Unsere in Arbeit stehenden Mitglieder leisteten: 16 924 M, von anderen Gewerkschaften an Orte durch das Gewerkschaftsamt 3359,18 M, Zuschuß von der Hauptkasse 30 000 M, Darlehen von der Hauptkasse 40 000 M, Darlehen von der Verwaltungstelle Frankfurt a. M. 5000 M. Zur Führung des Kampfes zusammen vereinbart 114 324,03 M. Im Kampfe beteiligt waren 1050 Kollegen, 700 gehörten unserm Verbande an, 350 anderen Verbänden. Im Kampfe stehen noch wegen „Arbeitsmangel“ 40 Bemerkte von der Fahrzeugfabrik Eisenach (Hilale Groß-Hausen), die von hormaler der große Nutzer im Streite war. — Fest und sicher sind unsere Kollegen in den Kampf gezogen und ungebeugten Mutes haben sie den Kampf beendet.

Sohlalmsburg. Die Revolution hat auch hier endlich einmal die Arbeiter aufgestützt und sie haben erkannt, daß nur durch ein geschlossenes Zusammenhalten innerhalb der Organisation die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden können. Beitrag die Mitgliederzahl bei Ausbruch der Revolution 150, so ist diese bis zum Schlusse des zweiten Vierteljahres auf 2500 gestiegen. Es sind jetzt nicht einmal mehr soviel Unorganisierte in der Branche wie früher Organisierte. Die Kollegen haben auch durch die praktische Gewerkschaftsarbeit ihre Löhne, die anfangs des Jahres noch sehr gering waren, verdoppelt, abgesehen von den sonstigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Auch in der Urlaubsfrage können wir einen schönen Erfolg buchen. Am 12. August wurde darüber mit dem Arbeitgeberverband folgende Abkommen getroffen: 1. Jeder Arbeiter erhält 6 Tage Urlaub unter Fortzahlung des in der zwei letztvergangenen Monaten erzielten arbeitstäglichen Durchschnittsverdienstes. 2. Die Urlaubstage müssen in einer Kalenderwoche liegen. 3. Bei Antritt des Urlaubs kann eine Abschlagszahlung in Höhe des bis zum Tage des Antritts des Urlaubs verbleibenden Lohnes sowie ein Zuschuß in Höhe der für die Urlaubsfrage vorgesehenen Entschädigung geleistet werden. 4. Der Beginn des Urlaubs wird für die einzelnen Arbeiter von der Betriebsleitung in Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuss festgesetzt. 5. Bei nicht genommenem Urlaub wird eine Entschädigung nicht gezahlt; Arbeiter, die während der allgemeinen Ferien Urlaub nicht erhalten ihren Urlaub später. 6. Während des Urlaubs darf keine andere Lohnarbeit übernommen werden, andernfalls fällt die für den Urlaub zu zahlende Entschädigung fort; ein etwaiger Verdienst darauf ist zurückzuzahlen. Segefels-Obernassau. Am 6. September wurde in Bestenrod zum Wartenbüchel eine Sitzung der Ortsverwaltung des Segefels und Oberbau abgehalten. Zweck der Sitzung war die Verschmelzung beider Verwaltungsstellen und Anstellung eines Beamten dafür. Dem Vorsitzender Kollegen Liede wurde die Zweckmäßigkeit dieser Zusammenlegung anerkannt. Aus Gründen der Gleichheit sollte der

Sitz der Geschäftsführer nach Oberbau kommen. Vom Kollegen Oberbach (Segefels) wurde jedoch geltend gemacht, daß als Mittelpunkt eigentlich Segefels in Frage käme. Dem Vorschlag Liede wurde zugestimmt; die Verwaltungsstelle, die am 1. Oktober in Geltung kommt, heißt: Oberbau-Segefels u. Umg. Wegen der Kürze der Zeit soll die Geschäftsführerstelle nur in der arbeitsfähigen Volkstimmte ausgeschrieben werden, und zwar nach den Bestimmungen von Bestenrod. Die Wahl selbst soll durch die noch zu wählenden Vertrauensmänner am 27. September 1919 vorgenommen werden. Schmeinfart. Der Streik bei Joachim & Sohn ist nach acht-tägiger Dauer beendet worden. Die Forderung der Arbeiter (20 v. H. Lohnerhöhung) wurde bewilligt. Die Firma machte zwar noch einmal den Versuch, einige Kollegen, darunter den Vorsitzenden des Betriebsrates, zu entlassen oder sie aussetzen zu lassen. Die Arbeiterchaft beschloß jedoch einstimmig, den Streik solange fortzusetzen, bis diese Maßregelung rückgängig gemacht ist. Nachdem dies geschehen, wurde beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Agitation.

Münster. Der Ruf unserer Kollegen im Reich noch mehr Führung untereinander drückt auch manden älteren Kollegen wieder die Feder in die Hand, um zum Wohle unseres Berufes mitzuarbeiten. Seit den sechs Jahren des Lebertrittes konnte wohl in manden Städten für unsere wirtschaftliche Lebenslage mit Erfolg gearbeitet werden, wenn die Kollegen hinter ihren Führern standen. Auch während des Krieges waren schon unsere Kollegen, weil man sie nicht durch Frauen ersetzen konnte, als Facharbeiter mit ihrenöhnen an der Spitze aller übrigen Berufe. Heute, wo alle Kollegen hochamt und sonders bis auf den letzten Hammerführer und Schmelzfabrik organisiert sind, haben sie ein Recht darauf, als Vorkämpfer der arztungenen Freiheit und Gleichheit das Entschlossene auch zu beschließen. Das trotz der Mannigfaltigkeit unseres Berufes alles schon so gelöst ist, wie wir es uns als wirtschaftliche Revolutionäre wünschen, darauf trifft die Begründung des Vorstandes, mit der er unsern Antrag auf Abhaltung einer Reichskonferenz ablehnte, nicht zu. Unsere Kollegen waren darüber empört, weil die Abforderteilungstrage auf dem letzten Schmelzverbandstag in Düsseldorf wohl besprochen, aber nicht gelöst wurde und der Vorstand persönlich diese Angelegenheit der nächsten Reichskonferenz zugewiesen hat. (Siehe Seite 158 des Protokolls.) Ferner ist die Lage der Hammerführer und Schmelzfabrikarbeiter in keiner Weise noch behandelt worden. Die Eisen-, Achsen- und Flugschraubearbeiten auch auf eine Hilfe durch die Organisation. Das Lehrlingsverhältnis muß einmal gesetzlich geändert werden. Es wäre also Stoff und Material überwiegend vorhanden, wenn der Vorstand sein Versprechen einlösen wollte. Wir hoffen, daß ihn die Delegierten auf der Generalversammlung dazu zwingen. Nun haben unsere Mannheimer Kollegen müßiggelüht die Löhne durchgehend, die wohl für die übrigen Kollegen im Reich sichtbar glängen. Aber die Urlaubzeit haben sie ganz vergessen, während nach unserm bayerischen Kollektivvertrag Urlaub nach zwei Jahren 3 Tage, steigend alle 3 Jahre um 1 Tag bis zu 10 Arbeitstagen nach 16 Dienstjahren zuteil wird. Für den Urlaub wird den Stundenlohn der Stundenlohn, den Arbeiter für den Tag der zehnjährige Stundenlohn vergütet. Auch die Arbeitszeit ist im übrigen Reich länger, als der bayerische Kollektivvertrag aufweist (44 Stunden die Woche). Diese wird schwer aufrechtzuerhalten sein, wenn die übrigen Bundesstaaten nicht folgen. Ferner sind die Betriebsräte in unserm Vertrag verankert, es werden alle Anordnungen der Betriebsleitung nach vorheriger Verständigung mit dem Betriebsrat getroffen. Die Betriebsleitung ist verpflichtet, je nach sachliche Auskunft zu geben. Kein Arbeiter kann eingekerkert oder entlassen werden, ohne daß der Betriebsrat gehört wird. In allen Verhältnissen bestehen Abordkommissionen, die die Abordlöhne sichern, überwachen und aufrechten. Das sollen alles Fingerringe sein, wie die Kollegen im Reich die (und nicht Mater) aufbauen sollen. Noch ein Wort zu der während des Krieges erschienenen Statistik: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Schmelze im Deutschen Reich. Sie bringt wohl viel misserfolglos und merkwürdiges Material, wenn sie nur auch von unseren Kollegen mehr beachtet und von den Verwaltungsstellen mehr verbreitet würde. Tragt deshalb mehr Aufmerksamkeit in die Reihen unserer Berufskollegen, helfe ihnen in jeder Form, ihre berechtigten Forderungen nach Gleichstellung zu erfüllen, dann bilden die Schmelze auch mit das stärkste Glied der Bundesliste unseres Verbandes. Verschwinden werden dann auch die Unterschiede des Verbandes vorstandes gegen milde Berufskonferenzen und sogenannte neue Verbandbildungen innerhalb unserer Organisation. Joh. Rudolf.

Rundschau

Wohin soll die Reise gehen?

Im Hauptblatt der U. S. P. D., der Freiheit in Berlin, erschienen in letzter Zeit einige Aufsätze über die Stellung dieser Partei zu den Gewerkschaften. Es wurde darin der Gedanke bekämpft, daß die Mitglieder der U. S. P. D. aus den Gewerkschaften austreten, sie sollten vielmehr dahin wirken, die Gewerkschaften zu erodieren, d. h. deren bisherige Leitungen zu beseitigen und Anhänger des einen Reichstheaters an ihre Stelle zu setzen. Allein dieser Standpunkt, den die Freiheit da markierte, scheint nicht der einzige zu sein, den die U. S. P. D. einnimmt. Wir schließen das aus einem Briefe, den uns auf der Tisch gesonnen ist und der lautet:

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Zentralkomitee Berlin RB. 6
Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3. Tr.
Telephon Amt Norden 841. Postfachkonto 33 257.
Garn Wilhelm Knepper, Gelsenkirchen, König Wilhelmstr. 8 a.
Weiter Genosse!

Gute Mitteilung über die Neugründung eines gewerkschaftlichen Verbandes war und ganz neu. Jedoch haben wir für die Verbesserungen auf Umgestaltung der Gewerkschaften volles Verständnis. Daß Euren jungen Verbände durch die alten Gewerkschaften bereits der Kampf angefangen worden ist, rundernt uns gar nicht. Damit muß man eben rechnen, wenn man neue selbständige Verbandsgründungen vornimmt. Die U. S. P. D. hat sich bei aller Gegenwart gegen die Gewerkschaftsbureaucratie behauptet auch bis jetzt noch nicht entschließen können, überall zu solchen Neugründungen aufzufordern. Man steht vielmehr bisher noch auf dem Standpunkt, daß innerhalb der bestehenden Gewerkschaften der oppositionelle Geist der Arbeiterchaft zum Durchbruch kommen muß, um die Macht der Gewerkschaftsbureaucratie auszuschalten. Wenn nun aber auch die Balk- und Güttenarbeiter in Eurer Gegend einen andern Weg gegangen sind, so werden wir sie trotzdem nicht in Stich lassen und der neuen Organisation die Unterstützung angeheißeln lassen, zu der wir tegend in der Lage sind. Andererseits ist es ein großer Verdammnis, wenn Ihr annehmt, daß eine Organisation in den heutigen Zeiten noch die Anerkennung der Regierung braucht. Auf die Einsetzung Eurer Statuten an die Regierung werdet Ihr sicher ganz ohne Antritt haben. Die Regierung nimmt Kenntnis von den Statuten und wird sich weder für noch gegen Euch äußern. Insbesondere habt Ihr nicht zu erwarten, daß etwa durch eine Regierungsanerkennung ein Abbruch des Kampfes, der die alten Gewerkschaften gegen Euch führen, zu erreichen sei. Ihr müßt Euch demnach, eine andere Anlehnung über einen anderen Organisationszusammenbau für Euren jungen Verband zu finden. Es haben sich auf der gleichen Grundlage wie im Holz- und Güttingenwerke für die Coakste der Seemannsbund, St. Hamburg, für die Dinnarschiffen der Verband der Dinnarschiffen, St. Berlin, gegründet. Diese Organisationen haben sich vorläufig der Zentrale für Betriebsräte, Halle, Tag 22/24 angeschlossen. Wir können Euch nur das gleiche empfehlen. Jedoch wird auch die U. S. P. D. baldigst auf dreiteres Grundlage den Zusammenbau der

gewerkschaftlichen Opposition durchzuführen, wobei Sie rechtzeitig benachrichtigt werden.

Mit Parteigrüß

Ihr (Unterstützt)

Also: man hat sich noch nicht entschließen können... man steht noch auf dem Standpunkt... In ehrliches Deutsch überheißt das: Wenn es nicht gelingt, die Gewerkschaften für die gewöhnlichen Zwecke zu erobern, dann wird man sich entschließen zu Neugründungen. Das bedeutet die Zersplitterung auch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Deutschlands.

Gewerbegerichtliches.

Maßregelung eines Lehrlings. Die Maßregelung eines jugendlichen Vertrauensmannes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, eines Lehrlings bei der Firma F. Millian in Berlin-Lichtenberg veranlaßte die älteren und jüngeren Kollegen des Betriebes, in einen Abwehrstreik zu treten. Da sich die Firma zu Verhandlungen nicht herbeiließ, reichte der Bezirksleiter Klage beim Gewerbegericht Lichtenberg ein mit dem Antrag auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses.

Zur Steuerpflicht der Gewerkschaftsbeiträge und Gewerkschaftsunterstützungen.

Der Gewerkschaftsleiter in Nürnberg hatte den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beauftragt, auf die Regierung und Gesetzgebung dahin einzuwirken, daß die Gewerkschaftsbeiträge von steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden können und die Unterstützungen der Gewerkschaften nicht als steuerpflichtiges Einkommen gelten.

Auf eine Eingabe des Bundesvorstandes vom 28. Juli an den preussischen Finanzminister hat dieser am 23. August folgende Antwort erwidert:

Wie ich bereits in meinem Schreiben vom 19. März d. J. II - 5874 - hervorgehoben habe, wird die Frage, ob in Zukunft die Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden dürfen, bei der kommenden Reform der Einkommensteuergesetzgebung unter Würdigung der hierfür vorgelegten Gründe zu erörtern sein.

Sollten demnächst Unterstützungen in Einzelfällen zur Einkommensteuer herangezogen werden, so muß es ihnen überlassen bleiben, ihre Bewilligung mit den gesetzlich vorgegebenen Rechtsmitteln anzugehen.

Die neuen Postgebühren.

(Ausgrenzen und aufbewahren.)

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes items like Briefe im Orts- und Nachbarnbereich, Briefe im Fernbereich, Postkarten, etc.

Der Herr Foucault.

Der in der Größe eines Kugelhais geblieben ist, kann man ihn nicht für einen Kugelhais halten. Denn er ist von dem berühmten Physiker Foucault mit dem langen Pendel erdacht worden, wodurch man den ertasteten Beweis liefern kann, daß die Erde sich um ihren eigenen Achsen dreht.

dreht. Könnte man ein Pendel machen, das ununterbrochen schwingt, so würde ein solches allmählich einen ganzen Kreis beschreiben und nach 24 Stunden an seinem Ausgangspunkte wieder anlangen. Da das Pendel seine Schwingungsebene nicht geändert hat, so bleibt nur der Schluß übrig, daß die Erde sich insofern einmal um ihre Achse gedreht hat.

Vom Ausland

Neue Kämpfer.

Die verschiedenen Grenzveränderungen haben auch das Entstehen neuer Gewerkschaftsblätter zur Folge gehabt. In dem Polen zugesprochenen Ländchen erscheint seit Beginn dieses Jahres als Verbandsblatt des polnischen Metallarbeiter-Verbandes der Metalowiec, leider nur in polnischer Sprache, so daß wir ihn nicht lesen können.

Auch in der tschecho-slowakischen Republik regen sich unsere Kollegen an. In Komau erscheint das Blatt: Internationaler Metallarbeiter, Verbandsorgan aller in der Eisen-, Metall- und Edelmetallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der tschechischen Siedlungsgebiete in der tschecho-slowakischen Republik.

Das dritte Blatt, mit dem wir uns zu beschäftigen haben, ist nicht nur für Metallarbeiter allein bestimmt. Es heißt: Der Proletarier und hat die Unterbezeichnung: Offizier des Organ der freien Gewerkschaften Luxemburgs. Bekanntlich hatte Luxemburg früher mit dem Deutschen Reich eine Zollgemeinschaft. Infolge der dadurch bedingten wirtschaftlichen Verhältnisse lag es für die luxemburgischen Arbeiter nahe, sich den deutschen Gewerkschaften anzuschließen.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. a. S. Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat August 1919.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Einnahmen (Einzelnachnahmen, Beiträge) and Ausgaben (An die Filialen, Sterbegeld, Bestattungskosten).

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Postsendungen sind jetzt nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. a. S.), Hamburg 1, Westendstraße 70, zu richten.

Eingegangene Schriften

(Für Einsendung der angelegten oder besprochenen Werke wenn man sie nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die Berliner Rutsche, Standrecht und Belagerungszustand. Die Beratung der Verfassungskonvention Preussischer Landesparlamentarier über den Antrag des Abgeordneten Adolf Hoffmann und Genossen auf Aufhebung des Standrechts und des Belagerungszustandes Verhandlungen vom 14., 15., 17. und 19. März 1919 (stenographischer Bericht). Anhang: Das Programm der preussischen Regierung. Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen v. Helldorf vom 25. März 1919. Berlin 1919, Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co., Berlin S. W. 68, Lindenstr. 3, 188 Seiten. Preis 3 M.

Deutschland nach dem Frieden. Wirtschaftspolitische zu den Verfallenden Bedingungen von Gg. G. Graf. Verlagsgenossenschaft "Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin N. W. 6, Schiffbauerdamm 19. 16 Seiten. Preis 30 S.

Marxismus und Bolschewismus. Eine Auseinandersetzung. Vortrag von Erwin Barth, gehalten am 20. Februar 1919 im Kaiserpalast zu Berlin. Der "Firn", Verlag für praktische Politik und geistige Erneuerung. Berlin W. 62. 32 Seiten. Preis 80 S.

Demokratie oder Diktatur? Von Hans Erich Harman. F. D. H. Verlag, Zittau in Sachsen. 80 Seiten. Preis 2 M.

Die Diktatur des Proletariats. Von Julian Vorwärts. Verlag der Lichtstrahlen. Julian Vorwärts-Lichtstrahlen, Schmöldstraße 1. 16 Seiten. Preis 60 S.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Freitag, 3. Oktober: Waltershausen. Sömen, 8 Uhr.

Samstag, 4. Oktober: München. Augsburg (Spengler). Prinz Karl, 7. Promberg, Arbeiterhaus, Hofstr. 2. Elmshorn. S. Krause, halb 8 Uhr. Effen (Heizungsmonteur u. Helfer). Eifelstein, Raststättenallee, 8 Uhr. Lauf (Wagner). Gewerkschaftshaus. Wolgast (Pommern). Schulz, halb 9.

Sonntag, 5. Oktober: Dorsen. Joh. Rasche, Lippestr. 111. Erfurt (Elektrikmont.) Steinger, 10. Erfurt (Heizungsmonteur). Weimar. Schöf, Johannesstr. 74, 10 Uhr. Götting (Elektrikmonteur u. Helfer). Mohren, 10 Uhr. Gagen. (Heizungsmont. u. Helfer). Söthen, Weingartenstr., 10 Uhr. Röttingshub. Schönborn, 3 Uhr. Neustadt S. a. B. Bürgergarten, 10 Uhr. Nikolai S. a. S. Sameß, 10-12 Uhr.

Dienstag, 14. Oktober: Magd. Gewerkschaftshaus, 6 Uhr.

Vertrauensleutezusammenkünfte

Chebnitz (Weichmetall). Samstag, 11. Okt., abends 8 Uhr, Volkshaus.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

Bromberg. Wer den Aufenthalt des Arbeiters Friedrich Bruchel kennt, wird gebeten, Bescheid zu geben an die hiesige Ortsverwaltung, Talstr. 1-2.

Angestellte gesucht.

Stellingen. Gewählt wurde der Kollege Gust. Döhnmann (Hannau). Allen Bewerbern besten Dank.

Strohberg i. Schl. Zweiter Bewerber für Raffenerien, Agitation u. Verwaltungsgeschäfte. 6-jährige Verbandszugehörigkeit. Bewerb. m. Ang. über Alter, Beruf u. bisher. Tätigk. in d. Arbeiterbeweg. bis z. 11. Okt. an d. Pfennig, Sand 48.

Simbach (Sachsen). Gewählt wurde der Kollege Weibert Heim (Simbach). Allen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

(Anfragen betr. die Arbeitergesetze sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

4-5 Heizungsmonteur, sowie Hilfsmonteur, nur erstklassig, für sofort und dauernd gesucht. Hoher Lohn, 3 Wk. Stundenlohn. Offerte an Volk Eugen, Koblentz, Rautenstraße 68.

2 solide jüngere Fellenhämmer (samt und 1 Fellenhämer für sofort in dauernde Beschäftigung gesucht für Werkskantine Wohnung vorhanden. (100) Fellenhämer Carl Renner, Sandborn a. Rh.

Süchtige Handhauer für kleine Fellen, gegen hohen Stundenlohn für dauernd gesucht. Carl und Ernst Waser, Mechaniker-Fellenhauer, Eisenach, Langenstraße 17.

Süchtig. Dreher zur Bedienung einer Kautschukdrehanlage und zweier Kautschukdrehanlagen erfahrener Mann für horizontaldrehwerk gesucht. (100) Maschinen-Werke Götting, Götting, Spezialfabrik für Sägemaschinen- u. Holzbearbeitungsmasch.

Drei tüchtige Dreher und Schlosser für unseren Maschinenbau (Papierverarbeitungsmaschinen) in dauernd angenehme Stellung gesucht. (100) Wüller & Dänwedler, Maschinenfabrik, Reuteweg a. Rhein (amerikanisch besetztes Gebiet).

energ. Meister od. Vorarbeiter gesucht. Entl. zu sofortigen Eintritt für kleine Stiebert Niederstleiers, mit Erfahrung in allen einschlägigen Arbeiten, Lehm- und Wasserformerei und vertraut mit der Herstellung der Wörbe. Anschließliche Bewerbungs schreiben mit Angabe der Gehaltsansprüche sind unter Schiffsr. S. 2744 an den Verlag d. Z. zu richten. (100)

Formmeister gesucht. Entl. zu sofortigen Eintritt für kleine Stiebert Niederstleiers, mit Erfahrung in allen einschlägigen Arbeiten, Lehm- und Wasserformerei und vertraut mit der Herstellung der Wörbe. Anschließliche Bewerbungs schreiben mit Angabe der Gehaltsansprüche sind unter Schiffsr. S. 2744 an den Verlag d. Z. zu richten. (100)

Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.